

**Fakten gegen
die Bürger-
versicherung.**

Deutschland hat das beste Gesundheitssystem der Welt

Alle Menschen in Deutschland profitieren von kurzen Wartezeiten, freier Arztwahl und gutem Zugang zum medizinischen Fortschritt. Ihnen steht ein flächendeckendes Netz von Kliniken und Ärzten zur Verfügung. Garantiert wird dieses hohe Niveau auch durch das Nebeneinander von Gesetzlicher und Privater Krankenversicherung. SPD, Grüne und Die Linke wollen dieses bewährte System nun abschaffen und durch eine Einheitsversicherung ersetzen.

PROF. DR. FRANK ULRICH MONTGOMERY,
Präsident der Bundesärztekammer,
Pressemitteilung BÄK, 18. April 2013

*„Eine staatliche Einheitsversicherung
löst kein einziges Problem unseres
Gesundheitssystems, sondern schafft
nur neue. Nur unter Beibehaltung der
Dualität von Gesetzlicher und Privater
Krankenversicherung lässt sich unser
Gesundheitssystem zukunftsfest
weiterentwickeln.“*

Länder mit Einheitssystem leiden unter Zwei-Klassen-Medizin

Dort, wo die Krankenversicherung in einem Einheitssystem organisiert ist, werden die Leistungen stärker rationiert. Diese Länder sehen in der Regel nur eine medizinische Grundversorgung auf niedrigem Niveau vor. Nur Menschen, die den Arzt direkt bezahlen können oder eine Zusatzversicherung abschließen, haben Zugang zu Spitzenmedizin außerhalb der Einheitsversorgung. So entsteht eine echte Zwei-Klassen-Medizin.

GROSSBRITANNIEN

ÜBER 5 MILLIONEN PATIENTEN STEHEN AUF WARTELISTEN, BEKOMMEN OFT ERST NACH MONATEN EINEN ARZTTERMIN. LEISTUNGEN WERDEN ZUM TEIL AUS KOSTENGRÜNDEN VERWEIGERT.



NIEDERLANDE

BIS ZU EINEM JAHR WARTEZEIT
Z.B. AUF EINE LEISTENBRUCHOPERATION

FRANKREICH

DURCHSCHNITTLLICH 25% DER KRANKHEITS-
KOSTEN MUSS JEDER SELBST TRAGEN.



SPANIEN

PATIENTEN DÜRFEN WEDER HAUS- NOCH
FACHARZT SELBST WÄHLEN.

SCHWEDEN

WER Z.B. EINE HÜFTOPERATION ERHÄLT UND WER
NICHT, ENTSCHEIDET DIE PROVINZVERWALTUNG.



Die Bürgerversicherung gefährdet die Therapiefreiheit der Ärzte

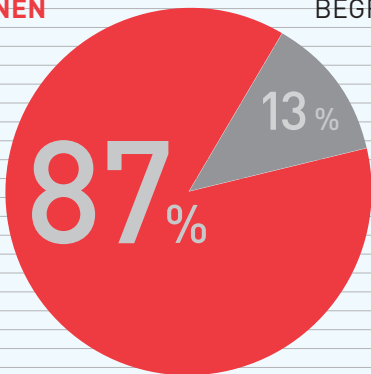
Heute sind Ärzte in ihren medizinischen Entscheidungen weitgehend frei. Dafür sorgt der Wettbewerb der Versicherungssysteme. Er erschwert Einschnitte in den Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung. In einem Einheitssystem wären die Entscheidungen der Mediziner stärker von wirtschaftlichen Zwängen und politischen Vorgaben bestimmt. Kein Wunder, dass fast 90 Prozent der Ärzte die Bürgerversicherung ablehnen.

EINSTELLUNG DER ÄRZTESCHAFT ZUR BÜRGERVERSICHERUNG

WÜRDEN SIE IM ERGEBNIS EINEN UMBAU DES GESUNDHEITSSYSTEMS
ZU EINER "BÜRGERVERSICHERUNG" ...

ABLEHNEN

BEGRÜSSEN



Privatversicherte stützen das gesamte Gesundheitssystem

Jedes Jahr fließen 28,6 Milliarden Euro durch Privatversicherte ins Gesundheitssystem. Dank der Einnahmen aus der Privaten Krankenversicherung können Ärzte und Krankenhäuser investieren und so den hohen medizinischen Standard sichern, von dem alle profitieren. Wären die Privatversicherten in einer Bürgerversicherung, würde das Gesundheitssystem jedes Jahr 11 Milliarden Euro verlieren – Praxen müssten schließen, Jobs gingen verloren.

HOHE RELEVANZ FÜR ARTZPRAXEN

JÄHRLICH RUND **5,4** MILLIARDEN EURO
ZUSÄTZLICH
AUS DER PKV

DAS SIND **43.000** EURO,

DIE JEDER
NIEDERGELASSENE ARZT
IN SEINE PRAXIS
INVESTIEREN KANN.

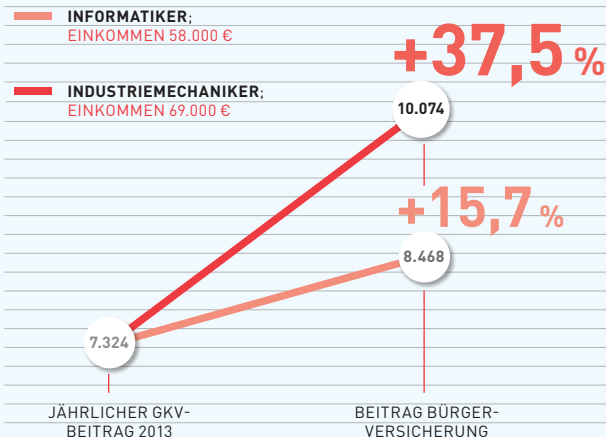


DAFÜR KANN ER Z.B.
ZWEI SPRECHSTUNDENHILFEN
EINSTELLEN

Die Pläne der Grünen führen zu einer hohen Belastung der Mittelschicht

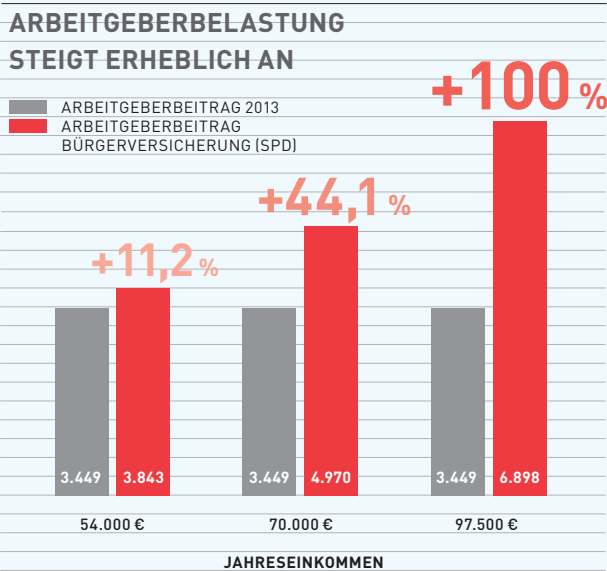
Die Grünen planen eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze von heute 47.250 auf 69.600 Euro. Das entspricht einer Steigerung um 47 Prozent. Im Gegenzug soll der Beitragssatz der Gesetzlichen Krankenversicherung nur minimal sinken. Im Ergebnis würde die Krankenversicherung für Millionen Angestellte und Selbstständige drastisch teurer. Die jährliche Mehrbelastung kann dabei schnell bei mehreren tausend Euro pro Person liegen.

BEITRAGSANSTIEG FÜR FACHARBEITER UND ANGESTELLTE



Das Modell der SPD gefährdet 100.000 Arbeitsplätze in allen Branchen

Die SPD will die Beitragsbemessungsgrenze für Arbeitgeber komplett abschaffen. Damit steigen die Lohnzusatzkosten dramatisch, was deutschlandweit Arbeitsplätze gefährden würde. Experten* gehen für die Wirtschaft von einer zusätzlichen Belastung von 8 Milliarden Euro jährlich aus. Das kostet nach ökonomischen Erfahrungswerten rund 100.000 Arbeitsplätze in allen Branchen. Sie wären durch eine SPD-Bürgerversicherung konkret bedroht.



* Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)

Bürgerversicherung vernichtet Jobs in Arztpraxen und bei Versicherern

Zusätzlich zu den steigenden Lohnzusatzkosten würde eine Bürgerversicherung mit einem Schlag über 100.000 Arbeitsplätze vernichten. So hat die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung berechnet, dass allein in der Versicherungsbranche 67.000 Jobs verloren gingen. Die Betriebsräte der Unternehmen gehen von einer ähnlichen Summe aus. Zudem geben 16 Prozent der Arztpraxen an, in einem Einheitssystem schließen zu müssen.

DIE BÜRGERVERSICHERUNG VERNICHTET ÜBER 100.000 ARBEITSPLÄTZE

VERLUST VON **ARBEITSPLÄTZEN**
IN DER VERSICHERUNGSBRANCHE:



67.000

BERECHNUNG DER
GEWERKSCHAFTSNAHEN
HANS-BÖCKLER-STIFTUNG

MEHR ALS **22.000 ARZTPRAXEN** MÜSSTEN IN EINER BÜRGERVERSICHERUNGSWELT **SCHLIESSEN***. BEI DURCHSCHNITTlich JE EINEM ARZT UND 2 ANGESTELLTEN SIND DAS **WEITERE**



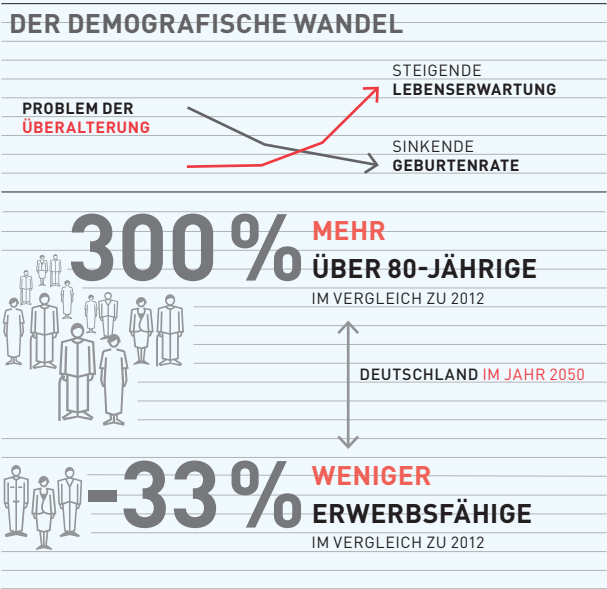
66.000

VERLORENE
ARBEITSPLÄTZE



Alternde Bevölkerung macht Private Krankenversicherung unverzichtbar

Die junge und arbeitende Generation muss in der Gesetzlichen Krankenversicherung immer mehr Geld für den wachsenden Anteil der Älteren aufbringen. Da ist es problematisch, nur auf diese demografieanfällige Umlagefinanzierung zu setzen, wie es die Bürgerversicherer tun. In der Privaten Krankenversicherung sorgt jeder für seine im Alter steigenden Gesundheitskosten selbst vor. Das ist generationengerecht und unverzichtbar für unser Gesundheitssystem.



Eine Bürgerversicherung geht am Bedarf der Menschen vorbei

Auf ihr Gesundheitssystem lassen die Bürger in Deutschland nichts kommen.

Mit der medizinischen Versorgung hierzulande sind laut einer großen Allensbach-Umfrage **82 Prozent** der Versicherten zufrieden oder sogar sehr zufrieden.

SPD, Grüne und Die Linke wollen nun eine **Einheitsversicherung** schaffen, in der sich jeder zwangsversichern muss. Dieser radikale Systemumbau geht nicht nur am Bedarf der Menschen vorbei, sondern bringt Nachteile für alle.

Weitere **Informationen** finden Sie auf der Internetseite **www.pkv.de**.

Verband der Privaten
Krankenversicherung e.V.
Gustav-Heinemann-Ufer 74 c
50968 Köln
Telefon (0221) 99 87-0
Telefax (0221) 99 87-39 50

Friedrichstraße 191
10117 Berlin
Telefon (030) 20 45 89-0
Telefax (030) 20 45 89-31
www.pkv.de · info@pkv.de



Verband der Privaten
Krankenversicherung